

Kamener Zeitung

Vollständig für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Monatlicher Preis 4000 Mt. Falls wir in der Herausgabe oder in der Lieferung der Zeitung gehindert sind, hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Schadloshaltung des Preises oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schultze, Kamen.

Nr. 95

Dienstag, den 24. April 1923

51. Jahrgang

Die Reichsregierung und die Kurzonrede.

(TU) Der offizielle Wortlaut der Rede des englischen Außenministers Lord Curzon ist jetzt am Montag vormittag in Berlin eingetroffen und unterliegt zurzeit der Nachprüfung der amtlichen Stellen. Die Reichsregierung hat ja bereits offiziell mitgeteilt, daß diese Rede Curzons eine wichtige politische Tatsache sei, wodurch die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflusst werden könnte. Es ist aber anzunehmen, daß die Wirkung nicht schon von heute auf morgen in die Erscheinung treten werde, weil jeder Schritt selbstverständlich sehr vorsichtig auf seine Folgen nach allen Seiten hin überprüft werden muß, da Deutschland den Zusammenhang zwischen dem Reparationsproblem im engeren Sinne und der Sicherung unserer Grenzen nicht vernachlässigen darf. Die Rede, die Poincaré am Sonntag gehalten hat und die als eine Antwort auf die Erklärungen des Außenministers Dr. Rosenbergs gedacht war, wird dabei die Wirkung der deutschen Regierung vermutlich beeinflussen. Sie ist in ihren Motiven zu durchsichtig, als daß sie ihren Zweck erreichen könnte und in ihrer Tendenz auch so ungeschickt, daß sie selbst in London einigermaßen peinlich überraschen sollte. Wenn Herr Poincaré dabei eine neue Note aller Mächte einfordert, worin die deutsche Regierung aufgefordert wäre, der Schulpolizei ihren militärischen Charakter zu nehmen, so ist dazu zu sagen, daß eine solche Note in Berlin bisher nicht eingetroffen ist. Da die Organisation der Schulpolizei im Einverständnis mit dem General Klotter erfolgt ist, sieht man auch nicht recht, wie hier eine Möglichkeit zum Eingehen gegeben sein könnte.

Die Beratungen in der Wilhelmstraße

Über die Rede Curzons sind im Laufe des gestrigen Tages in Ministerbesprechungen ausführlich weitergeklärt worden. Das Reichskabinett als Ganzes hat sich mit den Ausführungen des englischen Außenministers noch immer nicht befaßt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man jedoch damit, daß die Reichsregierung bereits in kürzester Zeit Gelegenheit nehmen wird, sich mit den Führern der Parteien, der Industrie und der Finanzwelt in Verbindung zu setzen, um mit ihnen die Lage zu besprechen. Darüber besteht jedenfalls kein Zweifel mehr, daß die Regierung entschlossen ist, die Rede Curzons zu beantworten. Da die nächsten Tage mit den oben erwähnten Besprechungen angefüllt sein werden, ist kaum anzunehmen, daß die Aktion der Reichsregierung vor Ende der Woche vor sich gehen wird. Die Reichsregierung war nicht in der Lage, bereits früher zu den Erklärungen des englischen Außenministers Stellung zu nehmen, da sie erst den amtlichen Text der Rede zur Verfügung haben mußte. Dieser amtliche Text liegt jetzt vor.

Zu positivem Vorgehen entschlossen.

(TU) Wie der „Berl. Volksanzeiger“ hört, ist die Regierung gewillt zu einem positivem Vorgehen. Dafür kommen rein äußerlich vorläufig drei Wege in Frage. 1. Eine Erwiderung des Reichsfinanziers Dr. Cuno und des Reichsaussenministers Dr. Rosenbergs vor dem Plenum des Reichstages. 2. Eine amtliche Verlautbarung durch W. F. W. 3. Eine Kollektivnote an alle Signatarmächte des Versailler Vertrages, in der ein festumrissener Vorschlag enthalten wäre. In dieser Note würde das aufrechterhaltene Interesse der deutschen Regierung beklagt werden, über die Reparationsfragen zu verhandeln. Außerdem würde man auf die Schlussfolgerungen Poincarés in seiner letzten Rede eingehen, in der er über Sicherungen und Reparationen sprach. Die deutsche Regierung würde sich noch einmal ausdrücklich bereit erklären, Reparationen zu leisten, Sicherheit zu geben, wie das bereits des öfteren geschehen ist. In politischen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß die Regierung sich entschlossen habe, den dritten Weg zu gehen, da er mehr Erfolg versprechen würde, als die beiden anderen.

Eine neue Verordnung der Rheinlandkommission.

(TU) Die Rheinlandkommission hat neuerdings eine Verordnung erlassen, die den Verkehr von Lastkraftwagen abhängig macht von der Erstellung eines Erlaubnisbescheides durch die französische Bewilligungsstelle gegen Einzahlung einer Gebühr, wenn die Transporte nicht auf dem Eisenbahnwege angenommen werden können. Diese Verordnung bedeutet den Versuch, die Bevölkerung des besetzten Gebietes dazu zu zwingen, die militärisierten Eisenbahnstrecken zu benutzen. Da die Reichsregierung bekanntlich zum Schutz der deutschen Finanzen und der deutschen Währung

vom 16. März d. J. jeglichen Verkehr mit den Stellen der französischen und belgischen Besatzungsbehörden verboten hat, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Beachtung dieser Verordnung den deutschen Besetzen widerspricht und deshalb kein Befehl von Kraftwagen einen derartigen Erlaubnisbescheid beantragen darf.

Der Abwehrwille.

(W) Ueber den Einbruch in das Ruhrgebiet und die Gewerkschaften sprach in einer stark besuchten Versammlung der Reichsbetriebe am Freitagabend im großen Saale des Volkshauses der frühere Reichswirtschaftsminister Wiffell. Er gab einleitend einen kurzen Überblick der Weltwirtschaftslage, wie sie sich nach dem Kriege gestaltet hat. Daraus und aus der Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung folgerte er, daß wir uns mit der Tatsache abzufinden haben, den verlorenen Krieg bezahlen zu müssen. Der Redner forderte, daß die Regierung aus dieser Erkenntnis die Folgen ziehe und vor der ganzen Welt ein Wiederherstellungsprogramm auflege, das ohne diplomatische Kniffe klar und eindeutig unsere Erfüllungswilligkeit und die Erfüllungsmöglichkeiten ausdrücke. Im Ruhrabwehrkampf dürfe die Arbeiterbewegung nicht erlahmen. Nicht aus nationaler Verlegenheit oder weil die grundsätzliche Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft vergessen sei, stehe die Arbeiterbewegung in einer einheitlichen Front, sondern weil sie um ihre vitalsten Interessen kämpfe. Der Sieg des französischen Imperialismus bedeute die Verdrängung Deutschlands und seiner Arbeiterklasse. Der Abwehrkampf der Rhein- und Ruhrbevölkerung dürfe jedoch für die Regierung kein Anreiz sein zu einem Spiel mit nationalen Ideologien. Von ihr müsse gefordert werden, daß sie alles tut, um die Aktion schnell und möglichst schmerzlos zu beenden. Auf welcher Grundlage dies geschehen könne, sei von den Gewerkschaften und den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien im Reichstag klar und eindeutig gesagt worden. — In die Rede schloß sich eine Ansprache, die sich mit wenigen Ausnahmen zustimmend zu den Ausführungen äußerte.

Eine Versammlung der Betriebsratsmitglieder der christlichen Gewerkschaften sprach sich in einer Enstehungsschärfe gegen die Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland aus. In dieser Frage stehe man fest hinter der Regierung. Verhandlungen könnten erst beginnen, wenn das Rheinland geräumt sei, die Ausgewiesenen entlassen und an ihre alte Arbeitsstelle zurückgekehrt seien.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

Seit dem 19. April ist die Kontrolle der französischen Behörden in Linen, Scharnhorst, Bradel und Wlberbeck verstärkt worden. Außer den getrennt gemeldeten Bahnhöfen Mengede, Ruhrort-Alte und Ruhrort-Neu, haben die Franzosen auch den Bahnhof Weidrich-Süd und die Ruhrorter Häfen besetzt, so daß nunmehr sämtliche westlichen Randbahnhöfe in der Hand der Franzosen sind. Die bisher über Wesel, Hamborn, Reimühl und Essen geleiteten Züge nach Holland werden nunmehr durch den Eisenbahndirektionsbezirk Münster, Züge über Wesel, Gerbest-Dörten über Wanne geführt. Auf den besetzten Bahnen haben die Franzosen, auch „Wiltoria“ und „Wider von Gansmann“, die Kontrolle über Altstädten, die Kohlen- und Zementlager beschlagnahmt. Auf sämtlichen Bahnen sind die Belegschaften in den Proteststreik getreten. Oberpostmeister Herbst aus Mengede und Kreisamtssekretär Dettmar aus Dortmund sind am 22. April ausgewiesen worden. Gestern morgen ist auch Zeche „Dortringen“ bei Gerthe und zwar die Kohlen der Schachtanlage 1 bis 2 und 4 von den Franzosen besetzt worden. Von dem Schacht 4 werden Witten, Herne und Langen-dreer mit Gas versorgt. Die Zeche Prosper 2 wurde durch 40 Maschinisten 3 Tausend und eine Kompanie Soldaten besetzt. Auf der Halde lagern 2000 Kohlen und 6-8000 Tonnen Koks. 10 beladene Wagen stehen auf dem Anschlußgleis. — Die Franzosen haben den Hauptbahnhof Bochum, den sie seit dem 24. Februar besetzt hatten, mit dem 24. April wieder freigegeben. — In das Hattinger Kriegsgefangenen wurden 17 Tote raschener Arbeiter eingebracht unter der Aufschuldung, eine Telegraphenleitung in Kupferseile beschädigt zu haben. — In Brüsseler Kreisen verlautet, daß die belgischen Truppen im Ruhrgebiet verstärkt werden sollen, damit man recht mit der Notwendigkeit, weitere Bergwerke zu besetzen. Zudem soll eine strenge Kontrolle ausgeübt werden.

Uler Redakteure vorm Kriegsgericht.

Vom französischen Kriegsgericht in Bonn wurden verurteilt die leitenden Redakteure der Kamener Zeitung.

daleture der Kamener Zeitung, Dr. Mermann, Pichard, Schützler und Neuwien, einzig, weil sie die deutsche Verordnung gegen die Reichsgewaltigkeit französischer Ordnungen veröffentlicht haben und durch Ueberschriften die Würde der Besatzungstruppen verletzt haben sollen; Dr. Mermann und Pichard zu je 6 Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, Schützler und Neuwien zu je 100 000 Mark Geldstrafe.

Das belgische Kriegsgericht in Sterkrade verhandelte gegen den Postdirektor Ueland in Sterkrade, dem zur Zeit gefolgt wurde, seinen Untergebenen nicht unterstellt zu haben, von den Besatzungsbehörden verbundene Zeitungen im besetzten Gebiet auszufragen. Der Vertreter der Anklage beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger führte aus, daß eine strafbare Handlung nicht gegeben sei, da es äußerlich nichts an der Besatzungstruppen gegeben sei, zu verhindern, daß diese Zeitungen bis zum Postamt gelangen. Das Kriegsgericht verurteilte Ueland zu 15 Tagen Gefängnis. — Weiter hatten sich zu verantworten der Lehrer Preising, sowie der Dentist Fuhrmann aus Vortrop, weil bei ihnen Auslieferungsakten, die nach der Aufstellung der Besatzungsbehörde als Aufreizung zum Kriege angesehen werden, in erheblichen Mengen gefunden worden waren. Bei Fuhrmann war anlässlich der Durchsuchung ein Revolver und ein Dolch gefunden worden. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Preising 8 Monate Gefängnis, gegen Fuhrmann 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis. Die Verteidiger führten aus, daß die fraglichen Schriften keineswegs einen für die Besatzungstruppen beleidigenden Inhalt haben, vielmehr nur eine durchaus begründete Kritik des Friedensvertrages enthalten. Es sei aber zweifelhaft, daß gute Recht eines Menschen, derartige Schriften zu lesen oder auch ihre Verbreitung zu fördern. Die Besatzungstruppen könnten dieserfalls keineswegs mit Strafen vorgehen, da, wenn auch ihre Interessen betroffen würden, eine Befehlsgewalt oder sonstige Sanktion für sie hierdurch nicht gegeben sei. Das Gericht verurteilte Preising zu 6 Monaten, Fuhrmann zu 9 Monaten Gefängnis.

Reichstag.

(Sitzung vom 23. April.)

Ein Antrag Benermann (D. V. P.) Marg (Zentr.) Leicht (Nacht, D. V. P.) der die Reichsregierung ersucht, den die Reichsbildungsfrage zurückstehenden Kabinettsbeschluss einer Nachprüfung zu unterziehen und die Neuordnung der Lehrerbildung nach den Forderungen der Verfassung durch Reichsgesetz zu ermöglichen zu regeln, ebenso ein ähnlicher Antrag der demokratischen Partei wird dem Bildungsausschuss überwiesen. — Es folgt die erste Beratung eines Vorkessergesetzes und einer Vorlage zur Veränderung der Gesetze über den Eintritt von Württemberg, Bayern und Baden in die Vorkessergemeinschaft. Nach der Vorlage soll die Vorkessergemeinschaft abgeschafft werden. Die Vorlage wurde dem Steueransatzkomitee überwiesen. — Das Geldstrafengesetz, das eine Erhöhung der Sätze bringt, wird ohne Aussprache verabschiedet.

Bei der Staatsberatung des Reichs wirtschaftsministeriums führt Abg. Knieß (Dem.) als Handwerksmeister Beschwerde über mangelhafte Berücksichtigung der Wünsche des Handwerks.

Abg. Dr. Reichert (Deutschn.) fordert die Schaffung eines abgabefreien Exportes gegenüber dem jetzigen System der Ausfuhrsteuerung. Die Industrie sei unbedingt für Fortsetzung der Marktschutzaktion. Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning erklärt, die Preissteigerung der Waren werde durch die Preissteigerung der Rohstoffe bedingt. Das Handelsorganisationsgesetz befindet sich in der Ausarbeitung. Die angeforderten Maßnahmen gegen die Devisenspekulation würden demnächst durchgeführt werden. Abg. Robert Schmidt (Soz.) fordert eine entschiedene Politik der Regierung in der Devisenfrage. Nach weiterer unerbittlicher Debatte schließt die Aussprache. Das Gesetz des Ministers wird bewilligt. Angenommen werden die Ausschuss-Empfehlungen, wonach die vorgeschlagenen Bauten so rechtzeitig in die Wege geleitet werden sollen, daß Marktlage und Bauzeit wirtschaftlich ausgenutzt werden können. Auch die Forderung auf Abbau der in der Ausfuhrabgabe für den Export liegenden Hemmnisse wird gebilligt.

Angenommen wird ein Antrag, zur Förderung des Haus- und Glasbaues 10 Millionen Mark einzustellen.

Die Beratung wird darauf abgebrochen. Das Haus verlegt sich auf Dienstag.

Prenbischer Landtag.

(Sitzung vom 23. April.) Die zweite Beratung des Haushaltes des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) be-

zeichnet eine große Koalition von rechts als begrüßenswert. Die Hege der Deutschnationalen mache sie aber unmöglich. — Abg. Abold (Soz.) erklärt den Willen seiner Partei, im Widerstand an der Ruhr weiter durchzuhalten. Alle Verhandlungsmöglichkeiten müssten wahrgenommen werden. — Abg. Stähler (Zentr.) ruft der französischen Regierung und dem französischen Volke zu: „Passet ab von Eurem Treiben, Ihr werdet Euer Ziel nicht erreichen. Ihr könnt höchstens uns, Euch und Europa in den Abgrund schleudern.“ Er fragt, ob die Welt weiter zusehen wolle, wie man uns wie eine Horde Sklaven behandelte und mißhandelte. Die Ruhrbevölkerung wolle nichts als Arbeit, Freiheit und Brot. Jede Möglichkeit zu Verhandlungen müsse ausgenutzt und ein Angebot, wenn es zweckmäßig erscheine, gemacht werden. Jede Verletzung der Souveränität Deutschlands sei abzulehnen. Das gemeinsame Hinüberreißen des Dollars erklärt Redner für einen Faustschlag ins Gesicht der Ruhrkämpfer. In allen Maßnahmen zur Bekämpfung des Ruhrs habe der Minister die volle Unterstützung der Zentrumspartei. — Abg. Vaecker (Deutschn.) dankt den Männern und Frauen an der Ruhr für ihre heldenmütige Widerwehr und betont die Notwendigkeit, alles fernzuhalten, was der Sammlung der Volkskräfte widerstrebe. Der Preussische Innenminister tue das nicht. Gegenüber dem Abg. v. Starborski erklärt der Redner, daß die Rede des Abg. Schlang nach Inhalt und Form auf den einmütigen Beschluß seiner Fraktion gehalten worden sei. Große Landestelle würden jetzt von Beamten verwaltet, die das Vertrauen der Bevölkerung nicht genießen. Die deutschnationale Partei wolle eine einheitliche Politik von Reich und Staat und werde sich der Politik des Ministers Seeverling mit allen Mitteln entgegenstellen. — Minister des Innern Seeverling verwahrt sich dagegen, daß er eine Arbeit führe, die im Interesse des Reiches und des Landes begonnen wurde. Die Berufung der Beamten sei im alten Regime lediglich nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Das müßte ausgemittelt werden. Alle Volksteile müßten einreten für die Mitbestimmungspolitik für den Staat. — Abg. Dr. Leidig (D. V. P.) fordert im Hinblick auf die schwere Finanznot der Gemeinden ein Notgesetz. Er sei nicht der Auffassung, daß ein parteipolitisches Spiel Seeverlings bestehe. Es handle sich um Einzelfälle. Die harte Mauer des passiven Widerstandes dürfe an keiner Stelle unterbrochen werden. Der Redner fordert ein einheitliches Koalitionsministerium und einen einheitlichen Koalitionsplan. — Abg. Barteld (Dem.) bezeichnet gleichfalls die Koalitionspolitik als ein wichtiges Erfordernis.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Ein ernstes Mahnwort des Reichsbankpräsidenten.

(TU) Die Reichsbank hat mit Wirkung ab heute den Wechseldiskont von 12 auf 18 % und den Lombardzinsfuß von 13 auf 19 % erhöht. Reichsbankpräsident Dr. v. Havenstein gab in der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses eine eingehende Begründung für die Diskonterhöhungen, der wir u. a. folgendes entnehmen:

Wir haben durch volle drei Monate von einer weiteren Erhöhung des Diskonts abgesehen, obgleich die Gestaltung der Geldmarktlage und die weiter zunehmende Verarmung und Kapitalnot eine solche an sich schon längst gerechtfertigt hätte. Wir halten aber nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, diese Zurückhaltung aufzugeben, es indes zugleich für geboten, die Erhöhung in einem Ausmaß vorzunehmen, die über die bisherige Liebung hinausgeht. Der Kampf kann noch lange dauern, und wir müssen uns darauf einrichten, ihn noch lange und mit Erfolg zu führen. Nun hier ein ernstes Wort, meine Herren: Das große Mittel, das Reich und Reichsbank hierzu in Anwendung gebracht haben und das allen beteiligten Wirtschaftskreisen sehr ernst und klar zur Kenntnis gebracht war: — die Auflegung der Goldschlagsammlungsanleihe —, hat den Erwartungen, die wir daran knüpfen durften, nicht entsprochen. Wir haben aufs tiefste bedauert und mit erster Sorge wahrgenommen müssen, daß nicht nur jene Tages-Spekulation ihre eigenen Nieder pflegt, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glauben, sich nicht nur für ihren Bedarf in naher Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat für Devisen, die sie abgestoßen hatten, mit großen Beträgen einzudecken und selbst vor Konzentrationen nicht zurückweichen. Wir hoffen, daß das in der letzten Woche erfolgte Emporschnellen des Dollars und die in der Sitzungssituation von der Reichsbank vorgenommene Herabsetzung der Zinssätze als ein letzter und erster Versuch empfunden wird und als solcher seine Wirkung tut wird. Aber wir halten es für geboten, ihn auch auf dem Gebiete der engeren Reichsbankpolitik durch eine starke Erhöhung des Diskonts die schärfste Mahnung, die wir aussprechen, und das stärkste Warnungssignal, das wir aufrichten können, unmittelbar folgen zu lassen.

